

CH_VB 94.410 vom 2. Juni 1994

Bundesverwaltung, 1994-06-02, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_94.410

FR: CH_VB 94.410 du 2 juin 1994

IT: CH_VB 94.410 del 2 giugno 1994

Erwägungen

E. 2

juin 1994

E. 3

Wir haben Regionen mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit, bis zu 8 Prozent Solche Regionen werden aber mit diesem Beschluss, wie wir ihn heute haben, nicht erfasst

E. 4

Sie müssen daran denken: Wenn 10 000 Arbeitsplätze geschaffen worden sind, wenn der Beschluss also in Einzelfällen sicher Erfolg gehabt haben mag, so ist noch nicht gesagt, dass damit auch die volkswirtschaftliche Effizienz sichergestellt worden ist, denn bedrohte Regionen - ich sage das jetzt bewusst aus einer rein ökonomischen Sicht - haben eben schlechte Standortqualitäten. Wenn Sie solchen Entwicklungen den Lauf lassen, heisst das nichts anderes, als dass auch der regionale Strukturwandel zugelassen wird. Wenn man das nicht will, kann man es nicht volkswirtschaftlich, auch nicht wirtschaftspolitisch begründen, sondern staatspolitisch, sozialpolitisch. Da bin ich durchaus dafür zu haben. Aber ökonomische Begründungen gibt es eigentlich dafür nicht Wenn wir nun trotzdem eine regionale Strukturpolitik machen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass sie ordnungspolitisch verträglich, gleichzeitig aber auch volkswirtschaftlich effizient ist, und das beginnt schon bei der Evaluation. Ich bin deshalb der Auffassung, dass sich der Bundesrat, wenn er einen neuen Beschluss ins Auge fasst, auf ganz bestimmte Bereiche - nämlich vor allem auf den Bereich der Beratung, der Vermittlung und der Information - beschränken muss. Es geht darum, die ganze Standortinformation zu koordinieren und insbesondere für den Standort Schweiz im Ausland insgesamt gute Public Relations zu machen. Es geht darum, einzelnen Regionen tatsächlich Hilfe zu leisten, indem man ihnen die Möglichkeit gibt, sich auf den sich globalisierenden Märkten zu behaupten; d. h., ihnen müssen vor allem Informationen und Beratung zukommen, sie müssen den Zugang zu europäischen Märkten haben. Da kann die Aussenhandelspolitik auch regionalpolitisch sehr viel unternehmen. Aber weg von Zinskostenbeiträgen, weg auch von allzu wettbewerbsverzerrenden Steuererleichterungen, die nur ganz speziellen Unternehmungen zugewiesen werden. Wenn Sie schon etwas fördern wollen, so sind dies Neuansiedlungen. Da habe ich nichts dagegen, aber das muss gezielt gemacht werden. Auch die Kantone selber sind gefordert Wenn Sie ein solches Konzept haben, Herr Bundesrat, kann ich Ihnen zustimmen. Aber denken Sie daran, es werden hier sehr viele Begehren an Sie gerichtet werden. Ihr Fahrplan ist sehr optimistisch: bis Ende dieses Jahres. Wenn Sie es in einem Jahr fertigbringen, die Revision durchzubringen, haben Sie Glück gehabt, dann können wir Ihnen gratulieren. Ich beantrage Ihnen aus all diesen Überlegungen, aufgrund der neuen Ausgangslage gemäss bundesrätlichem Bericht der Fortführung des Bonny-Beschlusses im Sinne der Kom-

mission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) nicht zuzustimmen. Ich mache Ihnen beliebt, dem Antrag Ledergerber zuzustimmen, der das Vakuum einfach für ein Jahr ausfüllen möchte, bis der bundesrätliche Beschluss realisiert werden kann, der aber auf jeden Fall finanzpolitisch verträglich, auch ordnungspolitisch akzeptabel sein muss. Nur dann hat er Chancen, volkswirtschaftlich effizient zu sein. Etwas anderem kann ich als Ökonom nicht zustimmen. Bonny Jean-Pierre (R, BE): Es ist viel von Fakten die Rede. Es wurde von Marktwirtschaft gesprochen, von ordnungspolitischen Überlegungen. Ich darf sagen, dass ich mich auch zu den Prinzipien der Marktwirtschaft und der Ordnungspolitik bekenne. Es gibt jedoch in diesem Land noch andere Fakten. Wir sind ja alle überzeugte Föderalisten. Föderalismus ist nur dann überhaupt lebbar und existentiell vorhanden, wenn sämtliche Regionen, die starken und die schwachen, vor allem auch die schwachen, lebensfähig sind. Hier liegt das Problem. Wir haben einen Staat, der 70 Prozent der Fläche im Berggebiet hat, mit äusseren Bedingungen, die ausserordentlich erschwerend sind. Hier gilt es, eine Lösung zu finden. Das gilt auch für die marginalen Regionen. Der Sinn dieses Beschlusses ist es, eine gewisse Ausgewogenheit anzustreben. Wir machen uns keine Illusionen: Die grössten Unterschiede und Divergenzen in der Entwicklung der verschiedenen Regionen können wir höchstens etwas abschwächen. Ich war ausnahmsweise einmal mit Herrn Bodenmann einverstanden, als er gesagt hat: Wir sind an der Schwelle eines Aufschwungs. Dieser Aufschwung, wenn er kommt, wird die Aufschwungs- und Beschäftigungstendenzen in den starken Regionen verstärken, und Sie werden sehen, dass gerade in den marginalen Regionen der Aufschwung nicht im gleichen Umfang stattfinden wird. Das ist eigentlich das Grundproblem, vor dem wir stehen. Wir sollten mit grossen Sprüchen etwas vorsichtig sein. Ich möchte an die Adresse meines lieben Parteifreundes Stucky folgendes sagen: Ich finde es etwas störend, dass der ehema-

2. Juni 1994 N 839 Parlamentarische Initiative. Finanzierungsbeihilfen ligen, sehr erfolgreiche Finanzdirektor eines der finanziell stärksten, wenn nicht des reichsten Kantons in der Schweiz die Frage der Steuererleichterung derart in den Vordergrund schiebt. Wollen wir doch ehrlich sein: Gerade in jenen Kreisen, die Herr Stucky und ich vertreten, ist man beispielsweise nicht so scharf auf die Harmonisierungsbestrebungen im Fiskalgebiet. Hier muss man schon aufpassen: Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man nicht mit Steinen um sich werfen. Ein zweiter Punkt sind die Zinskostenbeiträge. Dazu möchte ich Herrn Jaeger folgendes sagen: Als man damals den ursprünglichen Beschluss konzipierte, kamen die Zinskostenbeiträge auf Anregung der industriellen Kreise und Banken hinein, mit der Überlegung, dass das Obligatorium der Partizipation der Banken, mit einem Viertel dieser Zinskostenbeiträge, eine gewisse gewollte steuernde Tendenz hat. Damit scheiterten richtigerweise schlechte Dossiers daran, dass die Banken sagten: Diese Risiken wollen wir nicht übernehmen, das ist kein gesundes Dossier. Das kam gerade aus marktwirtschaftlichen Überlegungen in diesen Beschluss hinein. Man kann sich fragen: Wie sind jetzt die Voraussetzungen? Klappt es damit? Ich möchte klar sagen: Dieser Beschluss ist renovationsbedürftig. Er ist vor allem dort renovationsbedürftig, wo er allzu stark - das war der ursprünglich richtige Gedanke - auf die Überwindung der Monostrukturen in den einzelnen Regionen abzielt. Jetzt haben wir die erfreuliche Tatsache, dass die Monostrukturen in diesen Regionen durch das Wirken dieses Beschlusses stark abgebaut wurden. Hier ist eine Korrektur fällig; das sehe ich ganz klar. Es gibt vielleicht andere Punkte, wo man sich überlegen muss, was man machen kann. Als Praktiker bin ich der Meinung: «The proof of the pudding is the eating.» Die Güte, die Qualität des Puddings kommt nicht aus beim Kochrezept, Herr Professor Jaeger, sondern

beim Essen, d. h. beim Vollzug. Wenn wir vor allem mit diesen Zinskostenbeiträgen, welche das wesentlichste, das griffigste Instrument waren, mit 45 Millionen Franken über 15 Jahre ein Investitionsvolumen von beinahe 2,5 Milliarden Franken auslösen konnten, dann kann das Instrument so schlecht nicht sein. Das ist ein konkretes Resultat und nicht Theorie! Ordnungspolitisch eine andere, etwas selbstkritische Bemerkung: Wir, auch ich, sind für eine effiziente Exportrisikogarantie (ERG). Aber wenn wir ganz ehrlich sein wollen - wenn man das analysiert -, dann müssen wir auch sagen: Man kann nicht zwei Massstäbe anlegen punkto Ordnungspolitik und Marktwirtschaft, einen für diese regionalpolitischen Massnahmen und einen etwas anderen, etwas grosszügigeren bei der ERG. Ich meine, es gibt eine gewisse Kohäsion, eine Konsistenz in unserer Politik, die zu beachten ist. Wir müssen überlegen - in diesem Sinne unterstütze ich den Antrag Deiss zu Artikel 2 -, dass wir dort nicht allzu feste Strukturen haben, dass eine gewisse Flexibilität hineinkommt. Das Ausklammern der Kumulativbedingung mit dem Wort «und» und deren Ersetzen durch «oder» finde ich positiv. Im übrigen können Sie durchaus gewisse Anpassungen auf Vollzugsebene vornehmen. Wir haben uns seinerzeit gehütet, Zahlen zur Festlegung der betroffenen Regionen in den Beschluss hineinzunehmen. Daher ist eine Anpassung auf Vollzugsebene durchaus möglich. Eine Anpassung braucht es z. B., um Auswirkungen der Restrukturierung des EMD im Bereich der Regiebetriebe zu berücksichtigen. Ich denke an Gegenden wie Thun, ich denke an den Kanton Uri, aber auch an gewisse Gebiete im Kanton Tessin. Bei diesen Regiebetrieben ist aber insofern ein Wandel eingetreten, als diese heute nicht nur öffentliche Betriebe sind, sondern erfreulicherweise immer mehr private Initiativen ergreifen und mit Minderheitsbeteiligungen in der Privatwirtschaft partizipieren. Auch dieses Problem ist aufgrund des vorliegenden Bundesbeschlusses, der bloss von «Wirtschaft» spricht, durchaus lösbar. Zum Schluss eine grundsätzliche Überlegung: Der Bundesrat hat in der Legislaturplanung 1991-1995 gesagt, er wolle noch in dieser Legislatur ein angepasstes Konzept für die Regionalpolitik schaffen. Es wäre daher angezeigt, dass wir für den Bundesbeschluss eine Übergangslösung suchen, da das Konzept noch nicht vorliegt. Das wird dann erfordern - daran sehen Sie, dass ich nicht für eine Fortsetzung dieses Beschlusses ad aeternum, auf ewige Zeiten, bin -, dass wir auf dieses angepasste Konzept dann alle Instrumente, nicht nur diesen Beschluss, sondern auch das IHG, das auch anpassungsbedürftig ist, oder den Hotel- und Kurortkredit abstützen. Es ist keine ideale Lösung, die uns die WAK beantragt; aber ich glaube, es ist ein gangbarer Weg. Hildbrand Franz-Joseph (C, VS): Der Kanton Wallis und andere förderungsbedürftige Regionen fielen bis anhin nicht in den Geltungsbereich dieses Bundesbeschlusses. Somit konnten diese Regionen in keiner Art und Weise von diesem Gesetz profitieren. Einer Verlängerung ohne Anpassung des Geltungsbereiches können wir deshalb aus regionalpolitischer Sicht nicht zustimmen. Zudem ist aus sachlicher Sicht eine Anpassung gemäss neuem Vorschlag des Bundesrates vorzuziehen. Genau dies wird durch die vorliegende parlamentarische Initiative, so paradox dies klingt, ernsthaft in Frage gestellt. 1. Die Initiative sieht eine Verlängerung des abgelaufenen Bundesbeschlusses um drei Jahre vor, um eine Denkpause für die Überarbeitung zu gewinnen. In Wirklichkeit wird kaum damit zu rechnen sein, dass in drei Jahren auf eine Nachfolgeregelung überhaupt eingetreten wird. Die möglichen Änderungen sind nach dem Vernehmlassungsverfahren eingebracht worden, und die Vorlage stösst nach wie vor auf grundsätzlichen Widerstand gewisser Kreise. 2. Die Grundlagen des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1978 sind nicht mehr zeitgemäss. Der Monostrukturansatz als Hauptvoraussetzung für die Unterstellung einer Region unter den

Beschluss ist überholt und würde zu einer Karte des Geltungsbereichs führen, die wenig mit der aktuellen Problemlage zu tun hätte. 3. Der Bundesrat hat daher beantragt, dieser parlamentarischen Initiative nicht zu folgen, da sie nur einen kleinen Zeitgewinn bringt und zudem noch die Referendumsfrist abgewartet werden muss. Vielmehr empfiehlt der Bundesrat, die neue Vorlage zügig im Sonderverfahren zu behandeln. Die Vorteile der Vorschläge des Bundesrates sind: 1. Das wichtigste Instrument des Bundesbeschlusses vom

E. 6

Oktober 1978, die gemeinsame Gewährung von Bürgerschaften durch Bund und Kantone, würde fortgeführt 2. Als wesentliche Neuerung kommen mit dem zweiten Bundesbeschluss die Koordination und der Ausbau der Standortwerbung für die Schweiz im Ausland dazu. Dies ist eine nationale Aufgabe, die von den Kantonen allein nur bedingt zweckmässig wahrgenommen werden kann, wenn dies systematisch erfolgen sollte. Wir haben es bei dieser parlamentarischen Initiative nur mit einer Zementierung des Besitzstandes für den Kanton Neuenburg zu tun. Es wird festgeschrieben, dass sich kaum andere Kantone auf entfernteren Märkten entfalten könnten. Wenn mit der Ablehnung der Initiative die Beratung der Vorlage des Bundesrates im Herbst erfolgt, wird die Lücke des fehlenden Bundesbeschlusses um ein Semester verlängert. Diese kurze Zeitspanne steht in keinem Verhältnis zu den grossen materiellen Vorteilen, welche die Fassung des Bundesrates gerade für die anderen Regionen bringt Ich bitte Sie daher, die parlamentarische Initiative abzulehnen und, sofern eingetreten wird, den Antrag Deiss in Artikel 2 Absatz 2 zu unterstützen. Mamie Philippe (R, VD): Le bilan de l'arrêté Bonny est, selon les rapporteurs ainsi qu'au vu des résultats obtenus dans les régions, extrêmement encourageant Même avec ses imperfections - localisation restrictive des aides - il a permis de donner une assise à la politique régionale. Dès lors, pourquoi ne pas revoir et étendre son champ d'application en allant dans le sens de la proposition Deiss? L'effort pour la promotion économique régionale est un effort de longue haleine. Aussi, c'est alors que la vitesse de croisière est atteinte que l'on coupe l'arrivée du carburant, c'est regrettable. D'ailleurs, les moyens financiers mis en oeuvre sont modestes en regard du coût du chômage, par exemple. Les résultats concrets enregistrés demandent de pouvoir disposer de

Initiative parlementaire. Aide financière 840 N 2 juin 1994 moyens un tant soit peu comparables - et ils ne le seront jamais - à ceux dont sont dotées les régions frontalières voisines. La Franche-Comté, par exemple, touche 250 millions de francs suisses de l'Union européenne, et je ne compte pas les participations de l'Etat français. Vivant de l'intérieur, donc de très près, la réalité économique des régions concernées, je suis d'avis qu'il importe de prendre des mesures concrètes permettant, si ce n'est de surmonter, tout au moins de faire face à l'incertitude dans laquelle nous nous trouvons. Oui, il est juste de penser global, mais en agissant local, on contribue à redonner sécurité et confiance aux régions et à leurs populations, et on évite surtout de creuser le fossé des disparités régionales. Il est vrai que si le projet du Conseil fédéral vise au renforcement de la place économique suisse, on ne peut pas prétendre que l'arrêté Bonny ait favorisé la conservation de structures et d'activités surannées. Le maintien de mesures d'appui aux entreprises reste essentiel. Nos services de promotion concernés sont persuadés que, sans de tels instruments, il sera difficile de faire face à une concurrence toujours plus vive. La gravité de la situation économique des régions périphériques et les perspectives d'avenir particulièrement incertaines nous imposent de ne négliger aucun des moyens conçus et

aptes à renforcer les structures économiques régionales. Aussi, je vous demande de donner suite à l'initiative parlementaire de la CER-CN et de proroger ainsi la validité de l'arrêté Bonny. Il nous donnera l'occasion et le délai de réflexion nécessaire à l'examen attentif du projet du Conseil fédéral.

Carobbio Werner (S, TI): Sono favorevole alla proposta della commissione di prorogare il decreto in favore delle regioni economicamente minacciate. I relatori, e parecchi colleghi intervenuti prima di me, hanno già esposto una serie di ragioni politiche, economiche d'opportunità che domandano di riattivare subito uno strumento di politica regionale che ha fatto le sue buone prove; non mi ripeter. Semplicemente voglio dire che se non mi sorprendono le posizioni del collega Stucky, che propone la non-entrata in materia, trovo, on. Consigliere federale, poco comprensibile l'atteggiamento del Governo. Mi riferisco qui soprattutto alla sua presa di posizione sull'iniziativa della commissione. Il Governo, pur essendo d'accordo sulla necessità di una politica d'aiuto alle regioni minacciate, si oppone alla proposta della commissione, perché ritiene più opportuna una nuova normativa più elaborata. Una posizione che arrischia di essere interpretata dall'opinione pubblica quasi come una questione di prestigio fra Governo e commissione. Non credo che questa sia l'intenzione del Consiglio federale. In realtà, le due proposte non sono per niente alternative, ma si completano. Il rinnovo del decreto - come è già stato detto - permette di evitare vuoti legali e d'intervenire subito laddove ce n'è bisogno e di affrontare con calma il riesame di quegli aspetti che, secondo il parere di tutti, debbono essere modificati. Che un vuoto giuridico non sia opportuno è dimostrato dalla situazione reale di quelle regioni, come il mio Cantone, che si trovano confrontate con grosse difficoltà economiche. Per le Tre Valli del Canton Ticino, dove la minaccia della prosima chiusura della Monteforno colpirà intere famiglie, sarebbe incomprensibile una latitanza di questo tipo da parte della Confederazione. Concretamente mi domando quale sarebbe la credibilità della Confederazione se per esempio domani si delineasse - e non è da escludere - una possibilità di soluzione per la Monteforno, implicante anche un intervento della Confederazione ad esempio sotto forma di contributi ai costi d'interesse per crediti d'investimento, accordati alle banche. Tali contributi sono previsti all'articolo 4 lettera b del decreto Bonny. Se e si dovesse rispondere a tale richiesta che questo non è possibile perché mancano gli strumenti legali, una tale risposta sarebbe assolutamente incomprensibile ed inaccettabile. Ecco un esempio concreto che prova come sia importante e urgente prorogare il decreto in discussione. Restano ovviamente ancora altri argomenti! Quelli, ad esempio, dell'importanza della politica regionale; una politica regionale - non è la prima volta che lo dico - che non sempre è stata efficace e incisiva come si sarebbe voluto. Un rapporto della Commissione della gestione lo conferma. Invece di proporre misure per rafforzare la politica regionale si vorrebbe addirittura correre il rischio di privarci di uno strumento - certo imperfetto - che però ha dato buoni risultati. Non mi sembra molto logico. Vi invito perciò a sostenere la proposta della commissione e di riattivare il decreto sull'aiuto alle regioni minacciate.

Scherrer Werner (-, BE): Ich habe mit Interesse den diversen Beiträgen der Wirtschaftsprofessoren zugehört, die bei gelichteten Reihen ihre verschiedenen Argumente vortragen. Es ist interessant festzustellen, dass man in diesem Punkt sehr unterschiedlicher Meinung ist. Persönlich möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben, dass der Bundesrat nicht rechtzeitig seine Botschaft vorbereitet hat. Es war ja vorauszusehen, dass dieser Beschluss ausläuft, und wir sind schon seit einigen Jahren in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Ich möchte den Bundesrat sehr bitten, dass er sein Sonderverfahren - auch wenn dieser Beschluss heute fortgesetzt wird - trotzdem rasch durchzieht und uns eine Vorlage bringt, die den Kritikern, die heute

vorgebracht worden sind, Rechnung trägt. Ich glaube, wir dürfen da durchaus zweigleisig fahren. Ich bin persönlich für die Fortführung des Bundesbeschlusses zugunsten der wirtschaftlich bedrohten Regionen. Ich unterstütze den Antrag auf Dringlichkeit von Herrn Ledergerber, aber auch die Ergänzung von Kollege Deiss, die ich sehr vernünftig finde. Man gestatte mir, dass ich als Vertreter der Wirtschaftsregion Thun hier einige Bemerkungen anbringe. Wir sind ja von der Wirtschaftskrise sehr betroffen, und zwar aus verschiedenen Gründen: einmal durch einen Bankenskandal, durch die wirtschaftliche Rezession in der Maschinenindustrie (Kennwort Selve), aber ganz besonders durch die Verkleinerung der Arme. Weil die Rüstungsbetriebe davon sehr stark betroffen sind, haben wir im Raum Thun Hunderte von Arbeitslosen. Es ist nicht so einfach, hier Abhilfe zu schaffen. In bezug auf die Monostruktur gilt natürlich im Grossraum Thun das Militär. Und da wurden ja x Vorschläge gemacht, wie man die Situation verbessern könnte, aber ich stelle immer wieder fest: Es ist oft eine akademische Diskussion, die nicht viel bringt. Hier sind praktische Schritte gefragt, und die sind nicht so einfach. Aber im Raum Thun kann ich doch immerhin feststellen, dass die Stadtbehörden, der Handels- und Industrieverein und der Gewerbeverein alle am gleichen Strick ziehen; das ist heute nötig. Aber es geht nicht nur darum, wie Herr Professor Jaeger sagt, dass man vielleicht die PR, vor allem im Ausland, entsprechend verstärken sollte, sondern es geht eben auch um das liebe Geld, gleichgültig ob ein bestehender Betrieb seine Strukturen umbauen muss oder neue Betriebe angesiedelt werden müssen - und da unterstütze ich den Vorschlag von Kollege Hafner Rudolf. Wir haben gerade im Raum Thun gelernt, nicht eine Grossindustrie noch weiter zu verstärken, sondern neue, lebensfähige Betriebe auf den Platz zu bringen. Und die müssen nun einmal finanziell unterstützt werden. Diesen Betrieben nützen Vorschläge, die nichts bringen, nichts - sie brauchen Geld. Und da muss nun einfach der Bund helfen. Wenn Artikel 2 dieses Beschlusses nach dem Antrag Deiss abgeändert wird, wird auch die Wirtschaftsregion Thun davon profitieren; dann bin ich auch dafür, dass man ihn für diese drei Jahre noch einmal verlängert und dass dann der Bundesrat dafür sorgt, dass er schnell etwas Vernünftiges auf den Tisch bringt. Schweingruber Alain (R, JU): Il est dans notre pays des régions qui, par leur structure et par leur position géographique, sont dites défavorisées. Ces régions, il faut en être bien conscient, ne pourront jamais sur le plan de l'économie rivaliser d'égaux à égaux avec certaines autres naturellement mieux situées. Or, si le système fédéraliste suisse implique notamment que chaque canton soit souverain chez lui, il impose aussi à tous ses cantons un devoir de solidarité mutuelle. C'est d'ailleurs sur ce principe - là que repose le fondement de no-

2. Juni 1994 N 841 Parlamentarische Initiative. Finanzierungsbeihilfen tre Confédération, et face à ce principe crucial, le dogme de la libre concurrence doit à notre avis céder le pas. C'est en raison de ce principe que le 6 octobre 1978 ce Parlement a adopté l'arrêté Bonny. Comme cela a déjà été rappelé, l'efficacité de cet arrêté n'est plus à démontrer, lui qui a permis de générer plus de 10 000 nouveaux emplois et d'en préserver bien plus durant 15 ans. Bien sûr, le contenu de cet arrêté mériterait-il un toilettage pour tenir compte notamment de l'évolution survenue ces dernières années dans l'économie suisse. C'est dès lors de manière attentive que nous examinons le projet que nous soumettra le Conseil fédéral à cet effet. Toutefois et d'ici là, il est impératif que des mesures provisoires et transitoires soient prises. Il est des régions dont l'économie ne peut tout simplement pas se permettre d'attendre encore une année ou plus la venue de nouvelles dispositions. Ce qui a dès lors pu être considéré comme valable, comme efficace, comme performant jusqu'au 28 février 1994 peut donc évidemment le rester encore durant quelques mois. Je vous demande dès

lors instamment de voter la reconduc- tion de l'arrêté Bonny dans le sens du projet présenté par la Commission de l'économie et des redevances. Lepori Bonetti Mimi (C, TI): 533 progetti, 11 000 posti di la- voro, 2,3 miliardi di franchi d'investimento. Ecco in cifre gli aspetti benefici del decreto Bonny; e questo è solo il risultato quantitativo. Non è possibile dimenticare anche in questa di- scussione l'aspetto qualitativo di questo intervento. Posti di la- voro in più vogliono dire qualità di vita, vogliono dire incidenza positiva in un contesto societario, vogliono dire sinergia, vo- gliono dire permettere a una regione di vivere. Tutto questo è stato messo in atto verso la fine degli anni ottanta, in un mo- mento in cui la nostra economia si trovava in una fase di cre- scita E' quindi difficile capire l'errore di valutazione politica commesso dal Consiglio federale, proprio in questo momento in cui la vita economica del Paese ha iniziato a manifestare dif- ficoltà Il decreto Bonny, proprio grazie alla sua attuazione, quindi alla sua applicazione nel concreto, prima di essere abbandonato definitivamente, doveva essere sostituito con un nuovo de- creto, capace di cogliere i nuovi bisogni e le sfide della situa- zione economica di oggi. Per questo errore di valutazione sarebbe ingiusto, profonda- mente ingiusto penalizzare regioni che, oggi più di ieri, sono economicamente minacciate. Siamo tutti d'accordo nell'affer- mare che il decreto Bonny non è il solo strumento di politica regionale: l'aiuto alle regioni di montagna, la politica agricola, l'aiuto agli investimenti, la perequazione finanziaria sono tutti strumenti che fanno parte di un insieme di misure che la Con- federazione adotta per creare l'equilibrio nelle diverse regioni. Ed è in questo mosaico che il decreto Bonny fino ad oggi ha trovato un suo posto. E' stato definito un tassello importante, e quindi proprio per le difficoltà nelle quali molte regioni si tro- vano ad essere, è importante che lo stesso possa continuare ad operare, affinché la Confederazione ne prepari uno nuovo, aggiornato in base alle esperienze, magari ancora più incisivo con estensione alle diverse regioni e l'abbandono della mono- struttura Non si tratta assolutamente di mantenere in vita piccole o grandi industrie destinate alla morte. Si tratta di favorire l'in- novazione e la diversificazione. Si tratta - tutto sommato - di capire che proprio in un momento come quello che sta tra- versando la nostra economia è importante che la Confedera- zione si ponga in servizio, aiutando, incoraggiando, soste- nendo piccoli e grandi imprenditori che desiderano rischiare nell'economia Il decreto Bonny è uno strumento di politica attiva, e misure come queste permettono di evitare l'aumento di persone di- soccupate che in ogni caso dovrebbero essere aiutate, soste- nute da un'altra legge, la legge sull'assicurazione contro la di- soccupazione. Per concludere, ritengo che il sostegno alla politica regio- nale, il sostegno alla riconversione industriale siano impor- tanti per poter ricostruire un tessuto industriale diversificato, capace di mantenere nella regione una popolazione attiva e qualificata. Marti Werner (S, GL): Ich lege meine einzige Interessenbin- dung offen: Ich bin Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Gla- rus, und der Kanton Glarus fällt teilweise unter den Bundesbe- schluss. Aus dieser Sicht möchte ich Ihnen einige Argumente aus der Praxis aufzeigen, die für die Initiative der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sprechen. Wir haben mit diesem Beschluss positive Erfahrungen ge- macht. Nicht jeder Fall war eine Erfolgsstory, das kann man nicht sagen, aber dank dem Beschluss ist es uns gelungen, im Glarner Hinterland, welches in räumlicher Hinsicht unter die- sen Beschluss fällt, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Wenn uns das gelungen ist, Herr Stucky, haben uns ord- nungspolitische Überlegungen nicht so sehr berührt. Mit ord- nungspolitischen Überlegungen und Einwendungen schaffen Sie keinen einzigen Arbeitsplatz. Probleme mit den Steuererleichterungen hatten wir auch nicht. Wir hatten vielmehr Probleme mit derTatsache, dass der Kanton St Gallen als angrenzender Kanton die tieferen Steuern hat als wir - nicht zu sprechen vom Kanton Zug,

der die noch viel tieferen Steuern hat als wir in unserem Kanton! Da haben wir Disparitäten, da haben wir regionale Disparitäten, die es auszugleichen gilt. Wir haben jetzt in der Praxis deshalb Probleme, weil der Bundesbeschluss ausgelaufen ist, weil wir in eine eigentliche Lücke gefallen sind. Mit der parlamentarischen Initiative der WAK geht es darum, Kontinuität zu wahren, diese Lücke zu schliessen und um nichts anderes. Es geht auch nicht darum, einzelne Regionen gegen andere auszuspielen oder Verhältnisse zu schaffen, die später nicht mehr verändert werden können. Ich denke dabei an das Schreiben des Amtes für Wirtschaft und Tourismus des Kantons Graubünden an die bündnerischen Parlamentarier, wo ausgeführt wurde, man müsse jetzt diese Initiative ablehnen, weil sonst das Vorhaben des Bundesrates verhindert würde. Dem ist nicht so! Auch wir sind der Auffassung, dass der Beschluss zu revidieren ist, dass die Definition der Regionen zu revidieren ist und dass dann der Kanton Graubünden seine Anliegen ebenfalls vorbringen kann. Aber es geht nicht an, dass wir in dieser Zeit, in der wir stehen, keine Instrumente zur Verfügung haben. Dies ist in der Phase des kommenden Aufschwungs, von dem alle sprechen, besonders wichtig. Was nützt uns ein Aufschwung, der nicht beschäftigungswirksam wird, wie immer wieder prophezeit wird? Wir müssen dies verhindern, indem wir mit staatlichen Massnahmen die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. In diesem Sinne ersuche ich Sie, der parlamentarischen Initiative der WAK zuzustimmen; insbesondere ersuche ich Sie, dem Antrag meines Parteikollegen François Borei nicht zuzustimmen. Stimmt man diesem Antrag zu, besteht die Gefahr, dass die Revision verhindert respektive verzögert wird. Das wollen wir nicht. Wir wollen diesen Bundesbeschluss fortsetzen, um so schnell wie möglich mit dem revidierten Bundesbeschluss weiterarbeiten zu können. Wir hoffen, mit diesem revidierten Bundesbeschluss die gleichen positiven Erfahrungen zu machen, wie wir sie mit dem alten gemacht haben. Allenfalls sind einige Verbesserungen denkbar, wobei ich Sie daran erinnere, dass die Frage der Zinskostenbeiträge nochmals geprüft werden sollte. Maspoli Flavio (D, TI): «Ein einzig Volk von Brüdern»: Wie klingt dieser Satz heute abgedroschen, ausgehöhlt und schlicht und einfach falsch! Denn «ein einzig Volk von Brüdern» bedeutet, gerade in der Vorlage, die wir hier behandeln, dass der grosse Bruder regelmässig den kleinen übergeht und unterdrückt. Meine Fraktionskollegen werden mir verzeihen: Ich spreche vor allem für meinen Kanton. Was meinen Kanton betrifft, geht es zum Glück nicht mehr um eine Unterdrückung des Leibes und der Seele, sondern um eine solche wirtschaftlicher Natur. Doch was gibt es Schlimmeres auf der Welt als die finanzielle Abhängigkeit? Sie erniedrigt den Menschen oft mehr als die kulturelle Nötigung, als die Knechtschaft im weitesten Sinne. Frei sein, gleichberechtigt sein, den Miteidgenossen als Bruder betrachten zu können, diese edlen Gedanken sind nur

Initiative parlementaire. Aide financière 842 N 2 juin 1994 möglich, wenn keine Form der Abhängigkeit aufrechterhalten wird. Darum vertrete ich die Meinung, Bern solle seine Hilfe so einrichten, dass jedem Kanton die Möglichkeit geboten wird, die eigenen Vorzüge im wichtigen Bereich Wirtschaft auf- und ausbauen zu können. Diese Hilfe, Herr Bundesrat, gebührt mindestens dem Kanton Tessin - jetzt sofort und ohne lange Diskussionen. Adesso, subito e senza discussioni troppo lunghe, Signor Consigliere federale. Denn der Kanton Tessin wurde seitens Bern in der Vergangenheit und wird in der Gegenwart oft benachteiligt. Man denke z. B. an die «Henkerverträge» mit den Partnerwerken und an die Erhöhung des Treibstoffpreises. Die Partnerwerke haben sich sehr wohl als Werke, viel weniger als Partner entwickelt. Sie beuten heute noch unser Wasser aus, und der Benzinaufschlag hat eine ganze Region ins Elend gestürzt. Zeigen Sie heute bitte, dass Sie das

Wort Bruderschaft nicht als eine Art Juhu-Anhängsel, wie ich oft zu sagen pflege, auslegen wollen. Und hier geht es auch nicht darum, Herr Kollega Dreher, zu deregulieren oder zu regulieren, hier geht es darum, Zeichen zu setzen, welche die Einheit unseres Vaterlandes bekräftigen und dadurch glaubwürdig machen. Ma - mi permetta, on. Consigliere federale, senza che si debba mettere per questo sull'attenti, per l'amor del cielo! Ci sarebbero altri sistemi, altri metodi per aiutare il mio Cantone, senza spendere un franco: per esempio abrogando, una volta per tutte e rapidamente, la inutile, dannata, insulsa legge Friedrich; o permettendo il passaggio ai camion di 40 tonnellate; o lasciando che i ticinesi possano riadattare i loro rustici senza dover chiedere il permesso alla Sua collega Dreifuss; o non permettendo al tristemente noto «Buwal» di spadroneggiare e di imporre le sue leggi insulse e stupide a sud delle Alpi. Questi sarebbero metodi che non costerebbero neanche un franco, che ridarebbero dignità al nostro Cantone e che eviterebbero al Suo collega Stich di piangere miseria ogni due minuti. Zisyadis Josef (-, VD): Le Parti du travail n'était pas un défenseur absolu et sans critique de l'arrêté fédéral instituant une aide financière en faveur des régions dont l'économie est menacée. Cet arrêté a permis, c'est certain, le maintien d'une croissance économique dans les régions désertifiées au niveau de l'emploi, mais il n'a de loin pas permis d'entrer dans une dynamique nouvelle, à notre avis, au niveau d'un retournement de perspectives, notamment pour sortir du chômage de masse et pour maintenir une politique de plein emploi dans certaines régions. Dans le cadre d'un nouvel arrêté, le Parti du travail est partisan d'un développement économique tourné vers l'enrichissement des relations humaines et l'essor des services notamment non marchands, favorisant sans exclusive les formes non étatiques, qu'elles soient mutualistes, coopératives, associatives ou privées. Nous sommes aussi partisans d'un développement qui se veut riche en création d'emplois durables et qui privilégie donc les activités fortement productrices de valeur ajoutée et de bonnes qualifications humaines. Bien évidemment, pour nous c'est aussi lié directement aux régions les plus fortement touchées par le chômage reconnu et non reconnu. Je rappelle encore une fois qu'en Suisse romande il y a toute une série de régions où les taux de chômage sont autour de 10, 12, voire 14 pour cent. Le problème n'est pas là aujourd'hui et nous ne sommes pas là pour faire la carte de la crise économique au niveau suisse. M. Delamuraz, conseiller fédéral, n'a pas les moyens réels de nous présenter un nouveau projet d'ici la fin de l'année, vu toutes les oppositions diverses qui se sont manifestées de manière très contradictoire. Alors la pause-café qu'il nous propose ressemble beaucoup plus à un vide juridique, qui va être préjudiciable aux régions les plus défavorisées du pays. Nous n'avons pas le droit de faire cet intermède qui va créer une rupture au moment où des travailleurs continuent à être menacés dans leur emploi. L'attitude du Conseil fédéral est incompréhensible. Elle accrédite l'idée que cet instrument de politique régionale a été somme toute inutile. Monsieur Delamuraz, vous n'avez pas le droit d'accélérer par votre refus les déséquilibres régionaux en donnant des gages en cette période difficile aux cantons les plus riches. La Suisse subit une fracture au niveau de l'emploi. Permettez-moi de dire que le «Röstigraben», c'est de la poudre aux yeux à côté du «Fric-Graben» qui perturbe fortement la solidarité confédérale. Dès lors, il importe de résister à une volonté de désengagement de l'Etat venant de milieux bien précis que je n'ai pas besoin de nommer tellement ils sont connus. Il nous faut donc accepter transitoirement et pour trois ans, comme le propose la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national, la reconduction de l'arrêté Bonny. C'est un minimum pour éviter des ruptures encore plus profondes. Maître Jean-Philippe (C, GE): L'arrêté fédéral, dont l'initiative de la CER-CN nous demande le maintien, s'inscrit dans une perspective tant

conjoncturelle que structurelle et, dans les deux cas, il y a urgence. C'est pourquoi j'apporte mon plein appui à cette initiative parlementaire. Je ne comprends pas très bien, à cet égard, la position du Conseil fédéral qui nous demande, en définitive, de jouer la deuxième mi-temps au match suivant. C'est un peu bizarre, et c'est dans ce contexte-là que nous devons admettre qu'il y a non seulement urgence, mais urgence à être un peu plus ambitieux. Le texte actuel de l'arrêté a pour objectif d'apporter une aide aux régions qui ont une industrie dominante et dont l'existence est menacée. L'application de l'arrêté jusqu'ici l'a clairement démontré: d'une part, il a porté ses fruits et, d'autre part, il a porté des fruits précisément dans des régions qui se consacrent à l'industrie horlogère ou textile, et il n'est que justice que ces régions en aient bénéficié. La question que nous devons nous poser est de savoir si ces critères sont toujours pleinement d'actualité. En effet, depuis la fin des années septante, la structure de l'économie des cantons suisses s'est assez profondément modifiée et, aujourd'hui, on doit admettre qu'il n'existe plus guère de régions à caractère vraiment mono-industriel. D'autre part, la technologie progresse toujours plus vite, et seuls ceux qui peuvent innover à temps sont en mesure de développer leurs affaires et de faire face à une concurrence accrue. L'aide au développement de nouvelles technologies est donc d'une actualité toute particulière. Sur ce plan-là également, l'arrêté représente un instrument d'accompagnement intéressant. Il est donc nécessaire de maintenir cet instrument à disposition et de ne pas créer un vide juridique. On est d'ailleurs un peu étonné - j'avoue l'avoir été en entendant M. Stucky tout à l'heure - de constater qu'en période de haute conjoncture l'existence même de l'arrêté Bonny n'a pas été remise en cause et qu'en période de conjoncture difficile on vient l'attaquer. C'est à peu près comme si l'on était d'accord de développer l'armement d'un pays en temps de paix, et de lui refuser ce même armement lorsque la guerre éclate. Je crois que cela n'est pas très logique. La discussion actuelle, dans le cadre de l'initiative parlementaire, permet de maintenir les critères qui restent pertinents, tels que la diminution globale de l'emploi, les taux de chômage importants, etc. On pourrait se poser la question de savoir s'il ne faudrait pas supprimer la référence au caractère mono-industriel, mais je crois qu'à ce stade il faut avoir la sagesse de prendre l'arrêté et de lui faire subir le moins de modifications possible. Dans ce contexte-là, la proposition Deiss va exactement dans la cible, avec un mécanisme intelligent. Personnellement, je soutiens la proposition Deiss, qui va d'ailleurs dans le sens du postulat 92.3549 que j'avais déposé le 17 décembre 1992 et que le Conseil fédéral a accepté. Je crois que l'on a la possibilité de passer à l'acte un tout petit peu plus tôt que prévu, en réservant pour la révision de fond quelques sujets tels que notamment le renforcement des mesures de soutien à la promotion de l'innovation. On peut attendre une discussion de fond dans le cadre du futur projet du Conseil fédéral. Telles sont les raisons pour lesquelles je vous invite à soutenir massivement l'initiative parlementaire de la CER-CN ainsi que la proposition Deiss.

2. Juni 1994 N 843 Parlamentarische Initiative. Finanzierungsbeihilfen Leuenberger Ernst (S, SO): Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! Ich möchte das Bundesrat und Kommission zurufen. Ich erinnere mich daran, dass es einen Vorstoss Matthey - ich glaube aus dem Jahre 1991 - gibt, der darauf hingewiesen hat, dass der Arrêté Bonny gelegentlich ausläuft und dass daranzugehen wäre, ihn zu verlängern. Aber in dieser Zeit hatten die ordnungspolitischen Bedenkenträgerinnen und -träger in diesem Rat Oberwasser, und ihr Draht zum Volkswirtschaftsdepartement war so gut, dass diese Vorstösse nicht allein in der Schublade landeten, sondern die Schublade gleich noch zugesperrt wurde und der Volkswirtschaftsminister den Schlüssel unter seinem Kopfkissen verbarg. Ich habe gesagt:

Sie kommen spät, aber Sie kommen. Und wie kommen Sie daher? Sie wecken Erstaunen. Sie kommen daher mit der Verlängerung des Arrêté Bonny, mit einem renovationsbedürftigen Beschluss, wie wir alle wissen, also sozusagen mit einem ein bisschen ergrauten Spatz. Und gleichzeitig kommt der Bundesrat - das weckt auch Erstaunen - mit einer wunderbaren Taube auf dem Dach, die so strahlt, dass sie uns füglich blendet und sogar den solothurnischen Wirtschaftsförderer so blendet, dass er uns in Briefen schreibt, wir sollten unbedingt nach der bundesrätlichen Taube greifen. Aber nachdem wir wissen, wie schwer sich der Bundesrat getan hat, um in dieser Sache überhaupt etwas zu unternehmen, würde ich Sie doch ganz dringend davor warnen, nach dieser glitzernden Taube zu greifen, von der wir überhaupt nicht wissen, ob sie tatsächlich auf dem Dach sitzt oder ob sie, sobald wir den Arm ausstrecken, schon wieder weggeflogen ist. Wenn sich die politische Konjunktur nach «Monteforno» plötzlich wieder wendet, könnte es ja sein, dass die ordnungspolitischen Bedenkenträger wieder voll im Aufwind sind. Auch die Volkswirtschaftsdozenten sagen, diese Übung hätte gar keine volkswirtschaftliche Fundierung - als ob die Erreichung des Ziels der Vollbeschäftigung kein erklärtes und festgeschriebenes volkswirtschaftliches Ziel wäre. Noch eines wollen wir nicht vergessen: Dass dem Bundesrat von der GPK - die sich heute leider nicht zu Wort gemeldet hat - vorgeworfen worden ist, mit der Regionalpolitik habe er es nicht sehr genau genommen, er hätte sogar - sagen wir es einmal vorsichtig - in diesem Bereich etwas geschludert. Was will ich damit sagen? Wenn wir davon ausgehen, dass nur schnelle Hilfe gute Hilfe ist, bleibt uns gar nichts anderes übrig als jenen zu folgen, die zuerst gekommen sind, die etwas grau daherkommen, aber realistisch und fundiert - der parlamentarischen Initiative der Kommission nämlich zu folgen, vielleicht noch einige Retouches vorzunehmen, die innert nützlicher Frist erreichbar sind, und uns ja nicht verwirren zu lassen durch diesen etwas erstaunlichen bundesrätlichen Vorstoss, der sozusagen zur Unzeit, aber sehr, sehr spät kommt. Ich bitte Sie mit allem Nachdruck, die parlamentarische Initiative der Kommission zu unterstützen und damit den wirtschaftlich bedrohten Regionen im Lande - und es gibt viele - etwas Hoffnung zu machen, ihnen zu zeigen, dass diese Eidgenossenschaft eben nicht nur aus reichen Kantonen besteht, die nicht darauf angewiesen sind, dass der Bund ihnen beisteht, sondern auch aus Regionen, die auf freundeidgenössische Hilfe angewiesen sind. Pini Massimo (R, TI): Je tâche de parler avec mon accent la langue de Ramuz afin qu'on puisse me comprendre, et vous me comprenez mieux en français qu'en italien. Monsieur le Conseiller fédéral, mon collègue du Tessin, M. Maspoli, a parfaitement raison. Nous avons finalement besoin aujourd'hui - chacun parle de son canton, moi je dois parler du Tessin, de la région des Trois Vallées - de réponses sûres pour demain et pas pour après-demain, dans une année ou deux. C'est pour ça, Monsieur le Vice-président, qu'on a caressé - et personnellement je le refais - l'idée que la proposition Ledergerber devrait permettre, si le Parlement est d'accord, de pouvoir appliquer l'arrêté Bonny qui ne doit pas être uniquement revu. Jamais autant qu'aujourd'hui il ne devrait être mis en pratique dans les régions pauvres de la Suisse, y compris dans celle des Trois Vallées dans le canton du Tessin. C'est pour ça que je soutiens non seulement l'initiative parlementaire de la CER-CN et le projet de prorogation de l'arrêté Bonny qu'elle contient, mais aussi la proposition Ledergerber. Finalement, je pensais qu'une année aurait pu permettre à nous-mêmes et au Conseil fédéral, qui n'est hélas! pas composé de septante personnes, mais de sept - on continue à déléguer au Conseil fédéral en croyant qu'il est formé de septante personnes, alors qu'il est uniquement composé de sept membres; on gonfle uniquement la bureaucratie avec des délégations qui vont au-delà de toutes limites -, de

mettre en application quelque chose de certain et de concret, aujourd'hui pour demain et pas pour dans une année. M. Maspoli a raison: il faut donner finalement les instruments valables pour que la solidarité ne soit pas uniquement une déclaration, mais qu'elle se manifeste sur le plan fédéral, y compris celle prévue dans les articles d'exception concernant l'économie que le peuple suisse a voté en 1947. Il y a déjà un moyen d'intervention par le biais des articles d'exception concernant l'économie, je l'avais déjà dit il y a deux mois à cette tribune. Aujourd'hui, on pourrait les utiliser. Et, si on ne veut pas les utiliser, l'arrêté Bonny doit être prorogé. Mi auguro che il Consiglio nazionale abbia perlomeno questa sensibilità il giorno del «Corpus domini», in questa fine della prima settimana, di marcare una volontà non solo per piacere al Cantone Ticino, on. Stucky. Mi dispiace che Lei, involontariamente - dico bene involontariamente - ha schiaffeggiato i Cantoni delle regioni più povere della Svizzera Non si può dire queste cose alla tribuna, lo vengo da un Cantone che non è ricco, non è Zugo, ma non si può schiaffeggiare il Cantone Ticino e le regioni più povere, quando, in questo momento, il sistema congiunturale sta cadendo a picco. Non possiamo solamente parlare, dobbiamo intervenire, agire, politicamente decidere. Seiler Hanspeter (V, BE): Es gehört bekanntlich zu den vornehmen und prioritären Aufgaben des Staates, mit geeigneten Massnahmen den wirtschaftlichen und einkommensmässigen Ausgleich zwischen den Regionen zu fördern. Wir dürfen feststellen, Herr Bundesrat, dass die in den siebziger Jahren geborene Regionalpolitik den Nachholbedarf im Infrastrukturbereich in den sogenannten Randgebieten abbauen half, zum allgemeinen Ausgleich beitragen und die Entleerungstendenzen stoppen konnte. Wie sieht es aber heute aus? Ich erlebe es in meiner Region. Ich erlebe, dass laufend und schleichend Arbeitsplätze entweder abgeschafft, wegrationalisiert oder Richtung Zentren verlagert werden. Bei diesen Konzentrationsprozessen wird das Rand- und Berggebiet vermutlich mittelfristig zum Verlierer, wenn nicht Massnahmen wie diese hier getroffen werden können. Es ist besonders schmerzlich, dass mit dieser Entwicklung auch wertvolle Ausbildungsplätze verlorengelassen oder verschoben werden. Ich stelle fest, dass das Dienstleistungsangebot in diesen Berg- und Randgebieten mosaiksteinchenweise ausgedünnt wird. Handlungsbedarf ist zweifellos gegeben. Darf ich Sie an einige Auswirkungen erinnern? Die Monostruktur dieser regionalen Wirtschaften wird immer ausgeprägter, die Entleerungstendenz könnte wieder stärker werden, die Schere zwischen wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Regionen könnte sich weiter öffnen und die Bewohner der dünnbesiedelten Gebiete werden zu mehr Mobilität und grösserem persönlichen Aufwand gezwungen, wenn sie den bisherigen Dienstleistungsstandard weiterhin beanspruchen möchten. Man kann zusammenfassend sagen: Der Rückzug aus der Fläche hat begonnen. Deshalb ist dieser Prozess, der in Hinblick auf die Internationalisierung der Wirtschaft und der technologischen Entwicklung neu aufzubrechen droht, aus volkswirtschaftlicher, siedlungs- und vor allem auch staatspolitischer Sicht nicht unbedenklich. Es kann nicht im Interesse des Staates sein, dass diese Regionen substantiell ausgepowert werden. Der verlängerte sogenannte Bonny-Beschluss kann ein Instrument sein, das mildernd wirkt. Er kann aber nicht viel mehr als eine Übergangslösung darstellen. Ich ersuche den Bundesrat, eine neue, den Gegebenheiten unserer Zeit angepasste Regionalpolitik zu formulieren und vor allem in die Tat umzu-

Initiative parlementaire. Aide financière 844 N 2 juin 1994 setzen, bevor der Schaden allzusehr gewachsen ist Es ist bekanntlich billiger, Schaden zu verhüten als für den Schaden zu bezahlen. Ich appelliere an die Vertreter und Vertreterinnen all derjeniger

Regionen unseres Landes, die diese Hilfe nicht benötigen. Hilfe beinhaltet vor allem auch Solidarität. Ohne Solidarität ist auch ein Staat und eine Gemeinschaft nicht möglich. Ich appelliere an diese Vertreterinnen und Vertreter, diese Solidarität hier zu praktizieren.

Regionalpolitik ist nicht eine regionale, nicht eine kantonale, sondern vorwiegend eine nationale Aufgabe. Oehler Edgar (C, SG): In einigen Regionen unseres Landes ist man dem Bundesrat dankbar, dass er 1978 diesen Bundesbeschluss vorgeschlagen und wir ihn dann verabschiedet haben. Dankbar deshalb, weil in einigen Regionen unseres Landes dank dieses Beschlusses eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen entweder erhalten oder neu geschaffen werden konnte. Wenn ich an meine Region denke, dann betrifft es knapp 1000 Arbeitsplätze, die gestützt auf den Beschluss von 1978 noch heute existieren und für Familien und deren Angehörige die materielle Grundlage bedeuten. Wenn unser Volk 1992 dem EWR zugestimmt hätte oder falls wir in näherer Zukunft einmal der EU beitreten sollten, dann hätten wir anfangs vielleicht 50 oder 100 Millionen Franken in einen europäischen Fonds einbezahlt oder einzubezahlen, welcher in notleidenden Regionen Europas für Arbeitsplätze und für die Umstrukturierung hätte Mittel bereitstellen müssen. Ich frage mich, ob es nicht ebenso tunlich wäre, mit den gleichen Gedankengängen in Zukunft auch das zu tun, was wir in den vergangenen Jahren für bestimmte Regionen in unserem Land an Positivem geleistet haben. Ich bin mit Herrn Stucky einverstanden, dass der Kanton Zug die Mittel nicht braucht. Sowenig wie der Kanton Zug beziehungsweise die Stadt Zug für die Überholung des Rathauskellers aus dem Fonds, dessen Schaffung wir im vergangenen Jahr beschlossen haben, knapp 500 000 Franken notwendig gehabt hätte. Wenn Sie bestimmte Regionen betrachten - ich denke jetzt wieder an den Kanton St. Gallen, das Oberthurgau und die angrenzenden Gebiete, wo Tausende von Arbeitsplätzen verlorengegangen sind -, dann glaube ich, dass es nicht angängig ist, wenn wir einfach so zur Tagesordnung übergehen und meinen, alles löse sich von selber. Es stimmt ebenfalls, wie Herr Marti Werner dargelegt hat, dass der an seinen Kanton angrenzende Teil des Kantons St. Gallen diese Hilfen auch in Zukunft nicht nötig hat, so wenig wie bestimmte Regionen, die an den Kanton Zürich angrenzen. Das Sarganserland auf der anderen Seite wird je länger, desto mehr ein notleidendes Gebiet, und ohne andere Hilfen werden wir dort nicht zum Zuge kommen. Wenn wir die Rechtsgrundlagen schaffen, heisst das ja nicht, dass wir diese dort ausnützen müssen, wo sie nicht notwendig sind. Das bedeutet für mich, dass wir in Zukunft aufgrund der Fehler in der Vergangenheit, gestützt auf den Bundesbeschluss aus dem Jahre 1978, Schlussfolgerungen ziehen und diesen neuen Bundesbeschluss abzuändern haben. In diesem Sinne bitte ich Sie, aufgrund der gemachten Erfahrungen die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen, diesen Bundesbeschluss anzupassen und Regionen, d. h. vor allem Randregionen, die Vorteile solcher Vorkehrungen zu kommen zu lassen.

Ledergerber Elmar (S, ZH) : Wenn ich kurz die Debatte zusammenfassen darf, können wir doch feststellen, dass quer durch alle Parteien hinweg ausgewiesen wird, dass wir eine starke, eine gute regionale Politik haben wollen, dass die schweizerischen Regionen eine regionale Wirtschaftspolitik nicht nur begrüssen, sondern danach schreien. Es sind hier nicht nur die Subventionsschnorrer zum Zuge gekommen, sondern es sind auch die verantwortlichen Politiker, die sehen, dass ihre Region bessere wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen haben muss, um im nationalen und internationalen Kontext mitzuhalten. Ich hoffe gerne, Herr Bundesrat Delamuraz, dass Sie diese Botschaft gehört haben. In einem gewissen Gegensatz zu dieser generellen Forderung, die praktisch von allen mitgetragen wurde, stand eigentlich nur das Referat von Herrn Stucky, der hier eine Art Zuger Kirchturmpolitik betrieben hat. Es ist schon genügend gesagt worden, ich kann

mir jetzt schenken zu sagen, dass eigentlich alle bessere wirtschaftliche Entwicklungsbedingungen wollen. In einem grossen Gegensatz dazu steht die reale Situation. Wir haben von der GPK einen Bericht erhalten, «Evaluation der regionalpolitischen Koordination von Bundespolitiken». Dieser Bericht weist nun in einer Deutlichkeit auf, die nichts zu wünschen übriglässt, dass wir im Bereich regionaler Wirtschaftspolitik und der Koordination der verschiedenen Ansätze ein riesiges Defizit haben. Wir stehen eigentlich an einem Neuanfang - ich nehme an, dass Herr Bundesrat Delamuraz die entsprechenden Konsequenzen ziehen wird -, vor einem Neuanfang der regionalen Wirtschaftspolitik. Hier ist zu fordern, dass die verschiedenen Ansätze neu koordiniert werden. Wir haben in so vielen Bundesämtern einzelne Stellen, Gruppen, die sich mit regionaler Wirtschaftsförderung, mit Gewerbeförderung, mit Technologieförderung, mit Ausbildung beschäftigen - ein wirkliches Durcheinander, ein Tohuwabohu. Wenn diese Aktion der WAK und insbesondere unseres Kollegen Francis Matthey zu diesem Resultat führt, dass der Bundesrat jetzt im Bereich regionale Wirtschaftspolitik endlich die Konsequenzen zieht und einen Ansatz für regionale Wirtschaftspolitik entwickelt, die auch den Kriterien von Kollege Jaeger entsprechen, dann meine ich, hat diese Diskussion und diese Übung ihr Ziel absolut erreicht. Die Kriterien, die Herr Jaeger formuliert hat, sind ordnungspolitische Verträglichkeit und volkswirtschaftliche Effizienz. Damit können wir alle leben. Ich bitte Sie, dem Antrag der WAK zuzustimmen. Es geht darum, eine Zeit zu überbrücken, in der wir keine gesetzliche Grundlage haben. Auch der Antrag Deiss, der eine gewisse Anpassung an die neuen Gegebenheiten mit sich bringt, sollte unterstützt werden; dann haben wir eine vernünftige Grundlage für mindestens ein Jahr oder mindestens bis zum Zeitpunkt, in dem der neue Bundesbeschluss in Kraft tritt und eine neue Grundlage für eine effiziente regionale Wirtschaftsförderung abgibt.

Borei François, (S, NE) : Si je prends la parole, c'est parce que j'ai entendu, parmi tous ceux qui appuient le projet de la Commission de l'économie et des redevances, y compris M. Matthey qui y est tenu par sa fonction de rapporteur, affirmer la nécessité de modifier l'arrêté Bonny. Je voudrais faire entendre une autre voix, celle largement majoritaire dans le canton de Neuchâtel. L'arrêté Bonny est un bon arrêté. Il est bon parce qu'il a fait ses preuves, parce qu'il ne coûte pas cher. Ce n'est qu'une «Hilfe zur Selbsthilfe», il est bon parce qu'il s'intègre dans une politique de promotion économique cantonale pour autant que les cantons souhaitent avoir une telle politique de promotion économique. Pour toutes ces raisons, il n'y a pas besoin de légiférer pour légiférer. Une seule chose est nécessaire: proroger l'arrêté Bonny. On pourrait me taxer d'égoïste, je dirais que je n'oublie ni Uri ni Thoune. S'il y a des problèmes d'emploi dans ces régions, la Confédération en est principalement responsable en tant qu'employeur de première importance. C'est donc à elle de tenter de résoudre le problème, mais pas en adaptant l'arrêté Bonny à ces régions, car, ce faisant, elle ne fait que transférer ses responsabilités et mettre le poids de la recherche de solutions sur les cantons sièges des entreprises en difficulté de la Confédération. Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen. Le débat sur cet objet est interrompu. Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr. La séance est levée à 13 h 05.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Parlamentarische Initiative (WAK-NR) Bundesbeschluss über die Fortführung des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1978 über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen Initiative parlementaire (CER-CN) Arrêté fédéral concernant la reconduction de l'arrêté fédéral du 6 octobre 1978 instituant une aide

financière en faveur des régions dont l'économie est menacée In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1994 Année Anno Band II Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 05 Séance Seduta Geschäftsnummer 94.410 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 02.06.1994 - 08:00 Date Data Seite 832-844 Page Pagina Ref. No 20 024 098

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.